

Teil 3 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (VSD)

Zitat des Regierungsrates / der Regierungsrätin

"Es ist besser, in einer Wüste wach zu sein, als in einem Paradies zu schlafen."
(Waldemar Bonsels, deutscher Schriftsteller, 1880 - 1952)

Text zu den Schwerpunkten und wichtigen Projekten der Direktion

Das Regierungsprogramm 2004 - 2007 hat die Arbeitsfelder der VSD bezeichnet. Auch im Jahr 2006 geht es darum, die "Feldarbeit" weiterzuführen. Die allgemeinen Rahmenbedingungen sind im Laufe der Legislatur nicht einfacher geworden. Der wirtschaftliche Aufschwung lässt auf sich warten, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes ebenfalls. Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion hat sich an den heutigen Gegebenheiten zu orientieren, beharrlich die Felder zu beackern und gleichzeitig die Akzente so zu setzen, dass aktuelle Fragestellungen jetzt und aktuell einer Antwort zugeführt werden, ohne zukünftige Weichenstellungen zu verhindern. Der Mut, das "Heute" zu bejahen, gibt uns die Kraft, das "Morgen" zu gestalten. Die Schwerpunkte der VSD im Jahr 2006 sind pragmatischer Natur: Die Direktion will die Massnahmen aus dem Projekt "Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP)" umsetzen und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel mit Bedacht und wirkungsvoll einsetzen.

Programmpunkt Wald: Heute benötigt der Wald gezielte Pflanzungs- und Pflegemassnahmen, weil "Lothar" und die Sommertrockenheit 2003 die Bestände geschwächt haben. Morgen brauchen wir die Gefahrenkarte als Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten.

Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft: Heute sind die flankierenden Massnahmen vorzubereiten, um den freien Personenverkehr im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der erweiterten EU von morgen zu vollziehen. Bund und Kantone sind gefordert, die arbeitsmarktlichen Wiedereingliederungsmassnahmen für die heutigen Menschen ohne Arbeit zu verbessern. Mit dem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz, welches dem Landrat noch in der zweiten Jahreshälfte 2005 zur Beratung zugeleitet werden wird, geht es darum, die Zukunftschancen für den Wirtschaftsstandort Basel-Landschaft zu erhalten und zu verbessern.

Programmpunkt Gesundheitswesen: Die regionale Zusammenarbeit in der Spitalversorgung von heute wird weiter konkretisiert. Die Vorbereitung auf die Integration der Medizinischen Fakultät in die Universität mit der damit verbundenen Umlagerung der Finanzierungsströme für Lehre und Forschung aus den Spitalbetrieben in die Medizinische Fakultät wird dabei eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten sein. Die Planung der baulichen Massnahmen betreffend das Kantonsspital Bruderholz von morgen ist an die Hand zu nehmen, gleichzeitig muss mit Bedacht die Betriebsfähigkeit des Kantonsspitals Bruderholz von heute (Sicherheitsmassnahmen) gewährleistet werden. Die Steuerung der Gesundheitsversorgung basiert heute noch auf Pflgetagen und Betten, morgen werden es pauschalisierte Leistungseinheiten (data related groups, DRG's) sein. Auch hier gilt es, die Arbeit nach Massgabe der heutigen Rahmenbedingungen verantwortungsvoll und mit Sorgfalt zu leisten und die Vorbereitung auf das System von morgen einzuleiten.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Zur Sicherstellung einer nachhaltigen Waldentwicklung und einer volkswirtschaftlich optimierten Waldpflege sind der Kanton als Träger der Aufsicht über den Wald und die Waldeigentümer gefordert. Das Jahr 2006 wird auf der strategischen Ebene geprägt sein durch die Definition der Rahmenbedingungen für die Waldbewirtschaftung auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Die auf Stufe Waldeigentum eingeleiteten Massnahmen zur Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit werden durch das geplante Holzheizkraftwerk Basel weiteren Vorschub erhalten. Daraus resultieren eine Stärkung der Forstbetriebe und die volkswirtschaftliche Optimierung der Waldpflege.	↓ Amtsbericht 2006	
Nr. 3.01.01	Einzelne Massnahme Waldprogramm Basel-Landschaft und Waldpflege Bedingt durch die zeitliche Verzögerung auf Stufe Bund (Waldprogramm CH und Waldgesetzrevision) wurden die für das Jahr 2004 auf Stufe Kanton geplanten Arbeiten sistiert und erst 2005 aufgenommen. Geplant ist weiterhin die Definition einer kantonalen Wald- und Holzpolitik, begleitet durch eine Expertenkommission (Forum). Beginn der Arbeiten im Herbst 2005, Abgabe eines Expertenberichtes zuhanden der Regierung bis Sommer 2006, anschliessend Begleitung der Revision des kantonalen Waldgesetzes.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.05 Mio.	Dieses Geschäft war weiterhin sistiert, weil auf Stufe Bund keine Klarheit über das weitere Vorgehen und den Inhalt der Gesetzesvorlage besteht. Nach aktuellem Wissensstand beabsichtigt der Bundesrat, die Botschaft zur Revision des Waldgesetzes im April 2007 zuzustellen. Vorher macht eine inhaltliche Bearbeitung zur Umsetzung auf kantonaler Stufe keinen Sinn. Erst im April 2007 wird abzuschätzen sein, welchen Einfluss die im Frühjahr 2006 eingereichte Volksinitiative "Rettet den Schweizer Wald" haben wird.

Nr. 3.01.02	Gefahrenhinweiskarte In Artikel 15 der Verordnung über den Wald vom 20. November 1992 werden die Kantone verpflichtet, Grundlagen für den Schutz vor Naturereignissen, insbesondere Gefahrenkataster und Gefahrenkarten, zu erarbeiten und diese bei allen raumwirksamen Tätigkeiten zu berücksichtigen. Ein erster Schritt in Richtung Erarbeitung der Gefahrenkarte bestand in der Erstellung der Gefahrenhinweiskarte. Diese Vorarbeit wurde vom Forstamt beider Basel in Zusammenarbeit mit der Gebäudeversicherung und dem Amt für Raumplanung der Bau- und Umweltschutzdirektion geleistet. Die notwendige Landratsvorlage ist in Vorbereitung und soll vom Parlament in der ersten Jahreshälfte 2006 beraten und beschlossen werden. Die Federführung für das Projekt ist noch offen. Ebenso die Höhe der Gesamtkosten. Der Bund beteiligt sich an den Kosten. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastrukturanlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen.		Der Landrat hat mit Beschluss vom 19. 10. 2006 der Vorlage 2006 / 058 vom 21. 2. 2006 "Verpflichtungskredit Naturgefahrenkarten Basel-Landschaft" zugestimmt. Mit der Bearbeitung des Projektes wird im Frühjahr 2007 unter der Federführung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) gestartet. Das Projekt "Gefahrenhinweiskarte" ist abgeschlossen. Die Gemeinden haben "ihre" Auszüge der Gefahrenhinweiskarte anlässlich einer Informationsveranstaltung im Juni 2006 erhalten.
Nr. 3.01.03	Wiederherstellungsprojekt "Lothar" und Sommertrockenheit Ziel des Projektes ist es, auf Waldflächen (>0.5 ha), die durch den Orkan "Lothar" und die Folgen der Sommertrockenheit 2003 vollständig zerstört wurden, mit gezielten Pflanzungs- und Pflegemassnahmen die Grundlagen für stabile und widerstandsfähige Waldbestände zu schaffen. Landratsvorlage 2005 / 153; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 444'000.- (Konto 2225.362.72) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 148'000.- Budget 2006: Fr. 148'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.148 Mio.	Die Wiederherstellungsarbeiten konnten programm-gemäss weitergeführt werden. Insgesamt wurden 2006 rund 147 ha Jungwald gepflegt und dafür Kantons- und Bundesbeiträge im Umfang von Fr. 273'000.- ausgerichtet. Der Kantonsanteil alleine betrug gut Fr. 168'000.-. Rechnung 2005: Fr. 159'178.- Rechnung 2006: Fr. 168'370.-

Nr. 3.01.04	Waldschadenuntersuchung Fortsetzung der Untersuchung gemäss Landratsvorlage. Abrechnung des Verpflichtungskredites für das Untersuchungsprogramm 2000 - 2003, Fortsetzung des Untersuchungsprogramms auf reduziertem Niveau. Landratsvorlage 2005 / 152; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 529'000.- (Konto 2225.318.93) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 99'000.- Budget 2005: Fr. 131'000.- Budget 2006: Fr. 122'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.122 Mio.	Die Beobachtungsreihen konnten erfolgreich fortgesetzt werden. Im Herbst wurde die Erstellung der vom Landrat geforderten Zwischenbilanz (Evaluation) in die Wege geleitet. Deren Ergebnisse werden im Juni 2007 vorliegen. Rechnung 2005: Fr. 255'729.- (2 Jahre) Rechnung 2006: Fr. 91'723.-
Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Umsetzung der in den verschiedenen bestehenden bzw. kurz vor der Genehmigung stehenden Waldbau-C-Projekten geplanten Massnahmen zur Sicherstellung und Wiederherstellung der Schutzwirkung vor Naturgefahren. Landratsvorlagen 2005 / 169 und 2005 / 170; Verpflichtungskredit LRB (in Behandlung) Total: Fr. 709'000.- (Konto 225.372.72) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2005: Fr. 135'000.- Budget 2006: Fr. 142'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.142 Mio.	Der Landrat hat am 20. 10. 2005 den beiden Vorlagen 2005 / 169 und 2005 / 170 und damit den beiden Verpflichtungskrediten für die Projekte in Laufen und in Röschenz / Dittingen zugestimmt. In den insgesamt 6 Schutzwaldprojekten konnten die Arbeiten zeit- und kostengerecht ausgeführt werden. Insgesamt wurden pauschalisierte Restkosten im Umfang von Fr. 225'500.- ausbezahlt. Es sind in keinem der Schutzwaldprojekte Gesamtkostenüberschreitungen zu erwarten. Rechnung 2005: Fr. 137'158.- Rechnung 2006: Fr. 225'500.-
Nr. 3.01.06	Leistungsvereinbarung / Stufe Bund und Waldeigentümer Aushandeln von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund und daraus abgeleitet Konkretisierung der Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton und den Waldeigentümern zur Bündelung der Förderungsmassnahmen (Schutzwald und Biodiversität, allenfalls kantonale Produkte). Abstützung der neuen Subventionsinstrumente im kantonalen Waldgesetz.		Der Bund hat beschlossen, eine landesweite einheitliche Basis für die Ausscheidung von "nationalen" Schutzwäldern zu erstellen. Ziel ist es, ab 2010 nach einheitlichen Kriterien ausgeschiedene Schutzwaldflächen zu haben. Die Datenbasis dazu wurde dem Forstamt am 30. 11. 2006 eröffnet. Ebenfalls seit Herbst ist die "Bestellliste" bzw. die Zielvorgabe des Bundes bezüglich Biodiversität und Jungwaldpflege bekannt. Die Verhandlungen darüber werden in der ersten Jahreshälfte 2007 geführt.

Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Erfolgreiche Umsetzung der neuen, veränderten oder erweiterten Vollzugsaufgaben aufgrund der folgenden voraussichtlich in Kraft tretenden Erlasse: • Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge Schweiz - erweiterte EU (sofern diese in der Volksabstimmung vom 25. September 2005 angenommen werden); • Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit; • Departementsverordnung Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (EVD) über die Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) im Rahmen des Vollzugs des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG); • Familienzulagengesetz (sofern dieses in der Volksabstimmung vom 25. September 2005 angenommen wird).	↓ Amtsbericht 2006 Die Zielsetzungen wurden grundsätzlich allesamt erreicht. Anzumerken ist, dass zur erfolgreichen Umsetzung der flankierenden Massnahmen auf die personellen Ressourcen der Schwarzarbeitsbekämpfung gegriffen werden musste. Entsprechend konnten in jenem Bereich weniger Aktivitäten entfaltet werden. Im Budget 2007 ist deshalb eine zusätzliche Inspektorenstelle eingesetzt.	
Nr. 3.02.01	Einzelne Massnahme Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen im Rahmen der Ausdehnung der bilateralen Verträge Schweiz - erweiterte EU Die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die erweiterte EU wird mit einem Übergangsregime erfolgen, das bis zum Jahr 2011 dauert. Umgehend werden Verbesserungen zur Durchsetzung der flankierenden Massnahmen zum Schutz gegen missbräuchliche Lohn- und Arbeitsbedingungen in Kraft treten. Die Umsetzung dieser Neuerungen wird sowohl die Tripartite Kommission wie auch das KIGA Baselland in verstärktem Masse fordern. Der Bund beteiligt sich neu an den Kosten der Inspektoren zu 50 Prozent.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehrkosten gegenüber 2005 zu Lasten Kanton von ca. 0.04 Mio.	Die flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr dürfen in unserem Kanton als erfolgreich umgesetzt beurteilt werden; dies bestätigen sowohl die Beurteilungen des Bundes als auch der Sozialpartner. Die Aufgabe ist damit aber nicht erledigt, sondern wird für die nächsten Jahre eine wichtige Dauerthematik im Arbeitsmarkt bleiben.
Nr. 3.02.02	Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit Das neue Gesetz wird der bestehenden Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Schwarzarbeit des KIGA Baselland eine bundesgesetzliche Grundlage geben, ihr mehr Kompetenzen und griffigere Massnahmen verschaffen. Der Bund beteiligt sich neu an den Kosten der Inspektoren zu 50 Prozent.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Mehrkosten gegenüber 2005 zu Lasten Kanton von ca. 0.05 Mio.	Entgegen den Erwartungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresprogramms 2006 setzte der Bundesrat das neue Bundesgesetz zur Schwarzarbeitsbekämpfung erst per 1. 1. 2008 in Kraft.

Nr. 3.02.03	Departementsverordnung EVD über die Finanzierung von arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) im Rahmen des Vollzugs des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) Diese neue Verordnung regelt die Finanzierung der arbeitsmarktlichen Wiedereingliederungsmassnahmen (Bildungsmassnahmen, Beschäftigungsmassnahmen und Spezielle Massnahmen) für Arbeitslose völlig neu. Anstelle des bisherigen offenen Finanzierungsverfahrens tritt neu eine Kostenlimitierung in Kraft. Insgesamt darf das umgesetzte Angebot resp. der gewährte Rechtsanspruch nicht mehr als Fr. 3'500.- pro Stellen suchende Person im Jahresdurchschnitt kosten. Das System hat aber auch zur Folge, dass die kantonalen Amtsstellen mit ihren Anbieterschaften von Kollektivangeboten (Trägerorganisationen) verbindliche Leistungsvereinbarungen (mit Defizitgarantien) erstellen müssen, andererseits muss bei der Gewährung des Rechtsanspruchs AVIG-konform entschieden werden. Eine allfällige Überschreitung der Kostenlimite würde zu Lasten des jeweiligen Kantons gehen. Das KIGA Baselland hat sich am vorausgegangenen Pilotversuch beteiligt und feststellen können, dass die gewählte Vollzugspraxis dem neuen Pauschalfinanzierungssystem Rechnung trägt. Es gilt dies im Jahr 2006 zu bestätigen und zu konsolidieren bzw. definitiv zu etablieren.	Finanzielle Auswirkungen 2006: Ohne finanzielle Auswirkungen für den Kanton, solange Pauschale eingehalten wird	Die neue Departementsverordnung zur Finanzierung der AMM konnte, auf der Basis der Erfahrungen der vorausgegangenen Pilotphase im Jahre 2005, ohne Probleme und unter Einhaltung der neuen Kostenlimiten umgesetzt werden. Die Umsetzung wurde im November 2006 durch die kantonale Finanzkontrolle überprüft mit gutem Resultat.
Nr. 3.02.04	Familienzulagengesetz Das neue Familienzulagengesetz bringt die Einführung des Grundsatzes "Ein Kind = eine Zulage". Dies ist insbesondere verbunden mit einer generellen Anschlusspflicht aller Arbeitgebenden (inkl. öffentliche Hand) an eine Familienausgleichskasse und einem Lastenausgleichsverfahren zwischen den Kassen. Je nach Abstimmungsergebnis werden auch die Zulagen eine Erhöhung erfahren. Die Umsetzung all dieser Punkte bedarf umfangreicher Begleit-, Informations- und Kontrollaufgaben durch die Zentrale Aufsichtskommission (ZAK / ZAF).	Finanzielle Auswirkungen 2006: Im Rahmen der bisherigen Kosten	Nach Annahme des neuen kantonalen Familienzulagengesetzes am 25. 9. 2005 erfolgte ab 1. 1. 2006 sogleich die erste Phase in der Umsetzung des neuen Gesetzeswerkes. Diese gestaltete sich etwas aufwändiger und gelegentlich auch komplexer als erwartet. Insbesondere das Anerkennungsverfahren für die Familienausgleichskassen nach neuem Gesetz führte zu einigen Verfahrens-Knacknüssen, die aber schliesslich alle gemeistert werden konnten. Die Annahme des neuen eidgenössischen Familienzulagengesetzes in der Volksabstimmung vom 26. 11. 2006 wird dazu führen, dass gewisse Punkte im kantonalen Gesetz angepasst werden müssen.

Nr. 3.02.05	KMU-Initiativen Die formulierte Verfassungsinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Förderinitiative) und zur formulierten Gesetzesinitiative zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Entlastungsinitiative) wurden von der Baselbieter Stimmbevölkerung mit klarem Mehr angenommen. Entsprechend sind nun die Umsetzungsarbeiten an die Hand zu nehmen.		Die gemäss § 5 des KMU-Entlastungsgesetzes vom 6. Juni 2005 vom Regierungsrat einzusetzende Konsultativkommission (KMU-Forum) wurde vom Regierungsrat per 1. 4. 2006 für eine vierjährige Amtsdauer bis 31. 3. 2010 gewählt. Sie hat sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen getroffen. Per 1. 10. 2006 erfolgten die Inkraftsetzung der Verordnung zum Gesetz sowie eine Ergänzung der Verordnung über das Mitberichtsverfahren und das Vernehmlassungsverfahren. Für die Durchführung der Regulierungsfolgenabschätzung bei Erlassen werden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Verwaltungsmanagement der Zürcher Hochschule Winterthur ein Handbuch und eine Checkliste erarbeitet. Diese dienen für die Prüfung der bestehenden Erlasse und der neuen Erlasse und werden bis zum Frühjahr 2007 vorliegen. Die KMU-Anlaufstelle wird per 1. Februar 2007 eröffnet. Unter www.baselland.ch wurde ein Einstieg für KMU installiert. Die Arbeiten für die Prüfung der bestehenden Erlasse wurden aufgenommen. Gemäss § 8 des Gesetzes ist die Prüfung der bestehenden Erlasse innerhalb von 2 Jahren seit Inkrafttreten des Gesetzes durchzuführen. Diese Frist ist zu kurz bemessen. Voraussichtlich wird es nötig sein, dem Landrat eine Fristverlängerung zu beantragen.
Nr. 3.02.06	Wirtschaftsförderungsgesetz Die verzögerte Totalrevision des Wirtschaftsförderungsgesetzes wird in der zweiten Jahreshälfte 2005 abgeschlossen. Die Beratung durch den Landrat wird sich voraussichtlich in die erste Jahreshälfte 2006 hineinziehen.		Die Arbeiten am Wirtschaftsförderungsgesetz konnten erst im Jahre 2006 abgeschlossen werden. Die Vorlage wurde am 27. 6. 2006 (Vorlage 2006 / 177) vom Regierungsrat an den Landrat überwiesen.
Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Der erste Wirkungszeitraum des Tourismusgesetzes endet 2005. Entsprechend erfolgt eine Berichterstattung an den Landrat unter gleichzeitiger Beantragung eines neuen Verpflichtungskredites für den Zeitraum 2006 - 2008.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.6 Mio.	Die Berichterstattung erfolgte mit der Landratsvorlage 2006 / 061 vom 21. 2. 2006. Der Landrat nahm sie in seiner Sitzung vom 11. 5. 2006 zur Kenntnis und genehmigte den Verpflichtungskredit (je 0.6 Mio. Franken pro Jahr) für den Zeitraum 2006 - 2008.

Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das Bundesgesetz über die Berufsbildung wird weitergehen. Das Zentrum Ebenrain wird neue Aufgabenbereiche aufnehmen, wobei verschiedene Varianten zur Diskussion stehen. Zudem werden die GAP-Massnahmen, die 2007 umgesetzt sein müssen, vorbereitet. Dies betrifft insbesondere die Verordnung über die Tierzucht und den Viehabsatz. Es soll im Zusammenhang mit der GAP in allen Bereichen des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain geprüft werden, ob sich Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Nachbarkantonen ergeben.		↓ Amtsbericht 2006 Die revidierte Verordnung über die Tierzucht und den Viehabsatz trat am 1. 1. 2007 in Kraft. Mit 5 Nachbarkantonen wurde abgeklärt, ob eine engere Zusammenarbeit möglich ist. Sie zeichnet sich vorerst mit dem Kanton Aargau bezüglich Gemüsebauberatung sowie mit dem Kanton Solothurn bezüglich Weiterbildung ab.
Nr. 3.03.01	Einzelne Massnahme Aus- und Weiterbildung Die landwirtschaftliche Ausbildung wird den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BGBB) angepasst. Gemäss der GAP wird die Betriebsleiterschule am Ebenrain aufgegeben.		Zur Klärung, wie die landwirtschaftliche Ausbildung an das BGBB angepasst werden soll, erteilten die BKSD und die VSD einen Auftrag an die betroffenen Ämter. Die Betriebsleiterschule wird seit Mitte 2006 nicht mehr angeboten.
Nr. 3.03.02	Umschuldung von Betrieben Es besteht weiterhin ein Umschuldungsbedarf. Die Kreditbegehren kommen jedoch fallweise. Sobald fünf Kredite gewährt werden müssen, sind die verfügbaren Mittel aufgebraucht und es sind neue Bundesmittel erforderlich, die nur mit einer kantonalen Gegenleistung erhältlich sind. Deshalb sind für das Jahr 2006 200'000 Franken zur Auslösung von Bundesmitteln vorzusehen (im Budget enthalten).	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Es wurden zwei Kredite über Fr. 330'000.- vergeben (Bund und Kanton zusammen).
Nr. 3.03.03	Ökologischer Ausgleich Das Programm für den ökologischen Ausgleich in der Landwirtschaft wird von externen Fachleuten mit speziellen naturschutzfachlichen Erfolgskontrollen begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.016 Mio.	Im Dittingerfeld wurde für zwei schon im Jahr 2004 untersuchte Insektengruppen eine Zwischenerhebung durchgeführt, wobei die Tagfaltererhebung von 2006 einen überaus positiven Trend zeigt. Die Mittel sind wie geplant und gemäss dem Voranschlag verwendet worden.
Nr. 3.03.04	Konkordat Hochschule Wädenswil Gemäss Beschluss des Konkordatsrates wird das Konkordat für die Hochschule und das Berufsbildungszentrum Wädenswil per Ende 2006 aufgelöst. Die Schulen werden dem Kanton Zürich übergeben.	Finanzielle Auswirkungen 2006: - 0.2 Mio.	Alle Konkordatsträger stimmten der Auflösung des Konkordates und der Übergabe der Schulen an den Kanton Zürich zu. Im Kanton Basel-Landschaft ging die Zuständigkeit für die Schulbeiträge von der VSD an die BKSD über.

Nr. 3.04	Programmpunkt Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft Strategische Zielsetzungen Rahmenbedingungen und Hafeninfrastruktur für den trimodalen Güterverkehr (Wasser / Schiene / Strasse) werden kontinuierlich und nachhaltig verbessert. Die Rheinhäfen beider Basel werden zu einem selbständigen Unternehmen öffentlichen Rechts zusammengelegt.	↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.04.01	Einzelne Massnahme Fusion und Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel Im Rahmen eines partnerschaftlichen Geschäftes BS / BL wird die Zusammenlegung und die Verselbständigung der Rheinhäfen beider Basel mit der Überführung in ein Unternehmen öffentlichen Rechts vorangetrieben. Dazu wird den beiden Kantonsparlamenten eine entsprechende Vorlage in Form eines Staatsvertrages unterbreitet. Die Behandlung in den Parlamenten erfolgt in den Jahren 2005 und 2006, so dass das neue Unternehmen voraussichtlich per 1. Januar 2008 seine Tätigkeit aufnehmen kann.	Die Vorlage betreffend Zusammenlegung der Rheinschiffahrtsgesellschaft Basel und der Rheinhäfen des Kantons Basel-Landschaft datiert vom 13. 6. 2006 (Vorlage 2006 / 165).
Nr. 3.04.02	Verbesserung der Hafeninfrastruktur Die Konzessionierte Hafenbahn Basel-Landschaft (HBL) soll zur Beseitigung von Engpässen in der Bahninfrastruktur infolge der Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene mit einer Anbindung über das Areal Schweizerhalle zum Güterbahnhof Basel / Muttenz erschlossen werden (Ringanbindung). Für 2006 ist eine Landratsvorlage für einen Planungskredit geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.0 Mio.
		Die Vorlage zum Ausbau der Hafenbahn (Erschliessung des Hafenbahnhofes über das Areal Schweizerhalle) verzögert sich, da der Bericht und die Machbarkeitsstudie von massiv höheren Kosten als bis dato angenommen ausgehen und darum eine Risikoanalyse in Sachen Versorgungssicherheit empfehlen. Das weitere Vorgehen hängt unter anderem vom Entscheid der Zusammenlegung der Rheinhäfen und dem vom Bund gewünschten Zusammenschluss der Hafenbahnen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ab.

Nr. 3.05	Programmpunkt Vermessung: Geographisches Informationssystem (GIS) / Amtliche Vermessung (AV 93) Strategische Zielsetzungen Grössere Wertschöpfung durch einen verbesserten Zugang auf Geoinformationen sowie Automatisierung der Geschäftsprozesse. Der Aufbau des geographischen Informationssystems (GIS) in der kantonalen Verwaltung und in den Gemeinden hat zum Ziel, den Zugang zu Geoinformationen zu verbessern und die Verfahrensabläufe in den behördlichen Stellen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Im Weiteren sollen verbesserte Grundlagen für politische Entscheide geschaffen werden. Ziel ist eine optimale Wertschöpfung aus den vorhandenen Geoinformationen für Kanton, Gemeinden und Private. Umsetzung der neuen Amtlichen Vermessung 93 (AV 93) im Zeitraum von 1995 - 2015 und in drei zeitlich sich folgenden Etappen. Aktuell ist die vom Landrat 2001 beschlossene 2. Etappe AV 93 2002 - 2008 (LRB 2001 / 022) am Laufen. Aufgrund einer beschlossenen GAP-Massnahme und dadurch reduziertem jährlichem Kredit wird sich die Frist auf ca. 2010 verlängern. Die 3. Etappe soll anschliessend das Projekt bis zum Jahr 2017 abschliessen.	↓ Amtsbericht 2006
-----------------	--	----------------------------------

Nr. 3.05.01	Einzelne Massnahme Weitere Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS Realisierung der Gebäude-Datenbank, Bereitstellung des Auskunftssystems über die Geoinformationen (Meta-Informationssystem); Datenabgabe über Internet; Kostengünstige Realisierung einfacher GIS-Projekte in der Umgebung des Parzellen-Informationssystems (PARZIS); Integration bestehender Geländedaten und weiterer Datenebenen in das Geo Data Warehouse; Realisierung von GIS-Projekten in den Dienststellen zur Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahrensabläufen und zur Schaffung von verbesserten Grundlagen für politische Entscheide im Sektor "Grund und Boden". Landratsvorlage 2000 / 091, Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1013 GIS Total: Fr. 2.8 Mio. (Kontengruppe 3) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 966'757.- Budget 2005: Fr. 295'000.-; Rechnung 2005: Fr. 160'030.90 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 1'126'786.94 Budget 2006: Fr. 295'500.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.296 Mio.	Die Umsetzung des Landratsbeschlusses GIS BL verläuft planmässig. Wesentliche Teile des Beschlusses sind umgesetzt. Mit dem Abschluss der Vorlage wird Ende 2007 gerechnet. Mit der Aufschaltung der Geoinformationen über den Visualisierungsdienst geoView.BL im Internet, wurde im Berichtsjahr ein weiterer wichtiger Meilenstein erreicht. Pro Arbeitstag zählen wir durchschnittlich 270 Aufrufe dieses Dienstes. (Stand November 2006). Die in der kantonalen Geodatenbank (GDWH) gespeicherten Geodaten wurden um 25 weitere Geodatensammlungen angereichert. Ein erheblicher Teil dieser neuen Geodaten wurde im Rahmen des GIS Schwerpunktprogramms 2006 der BUD bereitgestellt. Damit steht heute der Verwaltung, den Gemeinden und Dritten ein sehr umfangreiches und breites Angebot von Geodaten und Geoinformationen zur Verfügung. Die Erarbeitung der kantonalen Verordnung über Geoinformation (GeoVO) wurde in Angriff genommen. Provisorisches Ergebnis Rechnung 2006 (diverse Konten Gruppe 3): Fr. 183'820.-
--------------------	---	---	---

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Das vorgesehene Jahresprogramm 2006 berücksichtigt erneut die neue Quote gemäss GAP-Massnahme und sieht die Bearbeitung von lediglich vier Gemeinden vor. Landratsvorlage 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 LRB 1281 / 2001 Total: Fr. 13.1 Mio. (Konto 2230.319.90-3) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 3'809'931.- brutto Fr. 1'626'012.- netto Budget 2005: Fr. 1'229'000.-, Rechnung 2005: 1'297'691.85 Zugehörige Ertragskonti: Konto 2230.460.00-3, Budget 2005: Fr. 121'774.-, Rechnung 2005: Fr. 103'550.70 Konto 2230.462.10-2, Budget 2005: Fr. 679'229.-, Rechnung 2005: Fr. 544'918.10 Per Ende 2005 verbraucht: Fr. 5'107'623.- brutto Fr. 2'275'235.85 netto Budget 2006: Fr. 1'137'400.- Konto 2230.460.00-3, Budget 2006: Fr. 143'273.- Konto 2230.462.10-2, Budget 2006: Fr. 518'095.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 1.137 Mio. brutto 0.476 Mio. netto	Das vorgesehene Programm 2006 zur 2. Etappe verläuft planmässig. Die Ausschreibungen der Operate 2006 liess Reserven stehen, welche für die Migration der AV-Daten in eine neue Version des Datenmodells verwendet wurden und eine Budgetdifferenz von + 26'000 Franken erwarten lässt. Provisorische Ergebnisse Rechnung 2006: 2230.318.90-3 Fr. 1'132'208.- / 2230.460.00-3 Fr. 142'983.- / 2230.462.10-2 Fr. 539'448.-
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Verbesserung der Produktionsgrundlagen in der Landwirtschaft. Senkung der Produktionskosten, insbesondere der fixen Kosten der Landwirtschaftsbetriebe. Bei den angegebenen Massnahmen handelt es sich schwergewichtig um die Weiterführung der Arbeiten in der Felderregulierung Roggenburg (Gesamtmelioration) sowie um die Fertigstellung und die Abrechnung begonnener Werke, die vom Regierungsrat beschlossen wurden. Bodenverbesserungsmassnahmen wurden in der Vergangenheit vom Regierungsrat beschlossen. Die Massnahmen können jedoch zumeist nicht in einem einzigen Kalenderjahr zum Abschluss gebracht werden. Deshalb erfolgt ab dem Jahre 2005 eine Praxisänderung, indem dem Landrat Verpflichtungskredite (Sammelkredite oder im Falle von kommunalen Gesamtmeliorationen Einzelvorlagen) zulasten der Laufenden Rechnung unterbreitet werden.	↓Amtsbericht 2006 Die Gesamtmeliorationen: • LRV 2005 / 295 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Wahlen • LRV 2005 / 294 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Brislach • LRV 2005 / 293 vom 8. 11. 2005 Gemeinde Blauen wurden vom Landrat an der Sitzung vom 23. 3. 2006 beraten und die entsprechenden Verpflichtungskredite beschlossen.	

Nr. 3.06.01	Einzelne Massnahme Fertigstellung der bewilligten Meliorationsprojekte Die bereits bewilligten Projekte gemäss Beschlüssen des Regierungsrates werden weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.48 Mio.	Die im Meliorationsprogramm enthaltenen und durch den Regierungsrat bewilligten Bodenverbesserungen konnten in der Zwischenzeit ausgeführt und abgerechnet werden. In der Felderregulierung Roggenburg wurde die Neuzuteilung im Baugebiet durch den Regierungsrat genehmigt. Die Verpflockung und die Vermarkung läuft. Die Bauarbeiten für die letzten Bauetappen wurden eingeleitet, nachdem der Regierungsrat den Zwischenbericht zum Stand der Arbeiten samt Projekt-ergänzungen genehmigt hat (RRB Nr. 208 vom 14. 2. 2006). Provisorisches Ergebnis Rechnung 2006: 2230.364.00-1 Fr. 451'185.-
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Auf der Basis des vom Regierungsrat im Herbst 2005 zu genehmigenden Rahmenkonzeptes zur Neudefinition der Gesundheitsförderung und der Prävention werden die Detailkonzepte zum Grundprogramm und zu den Schwerpunktprogrammen der kantonalen Gesundheitsförderung und der Prävention erarbeitet. Für mehrjährige Massnahmen aus diesen Programmen werden beim Landrat Verpflichtungskredite beantragt.		↓ Amtsbericht 2006 Die Vorlage betreffend Rahmenkonzept 2006 - 2010 der Gesundheitsförderung (Landratsvorlage 2006 / 092 vom 4. 4. 2006) wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 19. 10. 2006 zur Kenntnis genommen.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen: Spitalplanung BS / BL, Teilrevision des KVG Strategische Zielsetzungen Fortsetzung der gemeinsamen Spitalplanungsarbeiten mit dem Kanton Basel-Stadt und Realisierung der im Bericht zur "Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt" vorgegebenen Ziele. Kontinuierliches Anpassen der von der Teilrevision des KVG betroffenen kantonalen Gesetze. Ausarbeiten der zur Einführung des Globalkredites notwendigen Controlling- und Reportingmassnahmen mit den kantonalen Spitälern. Erarbeitung des Versorgungskonzeptes mit Ausrichtung auf den Neubau des Kantonsspitals Bruderholz.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 3.08.01	Einzelne Massnahme Regionale Zusammenarbeit in der Spitalversorgung, speziell mit dem Kanton Basel-Stadt Der gemeinsame Bericht zur "Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt" (stationärer Bereich) bildet zusammen mit den Ergebnissen aus den Teilprojekten der Standards BS / BL des Partnerschaftsprojektes (vgl. Programmpunkt FKD 2.01.04) die Basis für die anstehenden Umsetzungsarbeiten.		Die Vorlage betreffend Spitalversorgung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (stationärer Bereich) vom 20. 9. 2005 (Landratsvorlage 2005 / 250) wurde vom Landrat an seiner Sitzung vom 6. 4. 2006 zur Kenntnis genommen.
Nr. 3.08.02	Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Vgl. Programmpunkt BUD 4.04.02.		Die Vorbereitungen laufen. Die VSD ist mit einem Sitz im Projektausschuss und mit einem Sitz in der Baukommission vertreten.
Nr. 3.08.06	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes Das total revidierte Gesundheitsgesetz soll dem Landrat in der ersten Jahreshälfte 2006 zur Beratung unterbreitet werden.		Die Gesetzesarbeit konnte im Jahre 2006 nicht abgeschlossen werden. Die Arbeiten wurden vorangetrieben und das interne Mitberichtsverfahren durchgeführt. Das externe Vernehmlassungsverfahren wird im Januar 2007 eröffnet.
Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz Strategische Zielsetzungen Abschluss der ersten Tranche von Sanierungsmassnahmen (SM 1) zur Sicherstellung des laufenden Betriebes, Sicherstellung des laufenden Betriebes durch Reparatur- und Sanierungsarbeiten ausserhalb der vom Landrat bewilligten Teilprojekte in enger Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion. Optimierung der interdisziplinären Zusammenarbeit zwecks Verbesserung der Patientenzufriedenheit. Überprüfung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe und der internen Leistungskataloge zwecks Senkung der Betriebskosten. Konsolidierung der Integration zusätzlicher Mitarbeitender, welche im Zusammenhang mit dem Eidgenössischen Arbeitsgesetz im Bereich der Arbeitszeiten für Assistenzärzte angestellt wurden sowie restriktives Stellenmanagement zwecks Schaffung von Handlungsspielräumen und zur Einhaltung der Budgetvorgaben. Umsetzung der Vorgaben herrührend aus der gemeinsamen Spitalplanung BS / BL, Anpassung der Strategien als Grundlage für die Planung der baulichen Massnahmen betreffend Sanierung und Umbauten. Aufbau von Managementsystemen im Hinblick auf die Einführung neuer Finanzierungsmodelle.		↓ Amtsbericht 2006 17 Projekte sind abgeschlossen. Sehr gute und produktive Zusammenarbeit mit der BUD. Arbeitsgruppen überprüfen die Schnittstellen auf Verbesserungspotenzial. Einsatzpläne, beispielsweise in der Pflege, wurden angepasst. Der Stellenplan 2006 wurde eingehalten. Das Leistungsangebot wird optimiert und diverse Business Cases sind in Erarbeitung. Mögliche Raumrochaden zur Schaffung von Zusatzangeboten sind geplant. Mitarbeit im kantonal koordinierten eidgenössischen Spital-Projekt REKOLE (Revision der Kostenrechnung und Leistungserfassung) als Grundlage für die Umsetzung einer Kostenträger- oder Fallkostenrechnung.

Nr. 3.09.01	Einzelne Massnahme Sicherheit / Teilsanierung der technischen Basisinfrastruktur Sicherheitsrelevante Massnahmen gemäss Landratsvorlage 2003 / 168: Fertigstellung der ersten Stufe; Vorbereitung und fallweise Umsetzung der zweiten Stufe gemäss der sich in Vorbereitung befindlichen Landratsvorlage (vgl. auch Programmpunkt BUD 4.04.02).		Von den 19 Teilprojekten konnten im Berichtsjahr 17 abgeschlossen werden. Zum Beispiel die Sanierung der Kälteanlage und der Kühlung NS-HV / USV (Niederspannungs-Stromhauptverteilung / unterbrochene Stromversorgung), die Erneuerung der Topfpfölanlagen, die Verbesserung der Wasseraufbereitung und der Brandmeldeanlage. Die Sanierung der ersten drei Aufzüge wurde infolge eines Beschwerdeverfahrens um einige Monate verzögert, so dass diese Arbeiten erst im Juni 2007 abgeschlossen werden können.
Nr. 3.09.03	Schrittweiser Ausbau der elektronischen Patientenakte (EPA) (vgl. Programmpunkt VSD 3.09.03 im Jahresprogramm 2005).		Bis Ende 2006 konnten folgende Schritte erfolgreich durchgeführt werden: - Durchführung eines Business Cases zur Abschätzung der Einsparungspotenziale und der Kosten eines EPA-Vollausbaus. - Start der Realisierung der zwei wichtigen zentralen Plattformen "Elektronisches Universalarchiv" und "Elektronisches Auftragsmanagement". - Initialisierung der priorisierten Workflow-Projekte in den Bereichen Pflege, Medizindiagnostik Ambulatorien / Sprechstunden, Notfallstation und OPS. - Auswahl eines zentralen elektronischen Managementsystems für nicht-radiologische Bilddaten.
Nr. 3.09.06	Restriktive Bewirtschaftung der Stellenpläne Verzögerte Wiederanstellungen bzw. gezielter Verzicht auf die Neubesetzung frei werdender Stellen durch den Abbau definierter Leistungspakete, um frei werdende Stellen in strategisch wichtigen Positionen einsetzen zu können.		Die Einhaltung des Stellenplans wurde mittels eines effektiven Controlling-Instrumentes sichergestellt. Auch der Personalaufwand wurde dadurch eingehalten.
Nr. 3.09.07	Verbesserung der Patientenzufriedenheit Definition der Aufgaben und der Verantwortlichkeiten zwischen dem Pflegedienst und der Hotellerie im Bereich der Patientenverpflegung und Einführung eines neuen Menüwahlsystems.	Investitionsbedarf 2006: 0.250 Mio.	Das neue Menüwahlsystem wurde evaluiert und bestellt. Die Parametrisierung ist in Arbeit. Nach entsprechender Schulung der Betroffenen wird das System im April 2007 definitiv in Betrieb genommen. Im Rahmen dieser Einführung ist auch die Erweiterung des Angebotes für die Patienten der Privatstationen (5. und 12. Stock) geplant. Im Jahre 2006 wurden rund Fr. 70'000.- investiert.

Nr. 3.09.08	Optimierung der Betriebsabläufe Konsolidierung der integrierten Terminplanung im Operationssaal und Optimierung der Nutzung der Säle. Überprüfen einzelner Leistungskataloge und Optimierung der Leistungserbringung durch Aufgabentransfers. Abschlüsse von internen Leistungsaufträgen zum Beispiel zwischen den Kliniken und den Beratungsdiensten.	Investitionsbedarf 2006: 0.2 Mio.	Die Einführung des OPS-Planungssystems wurde erfolgreich realisiert. Jetzt werden auch die Ist-Zeiten nachgetragen, was zu Zeiteinsparungen führt. Es wurde eine Stelle OP-Manager geschaffen, die mit einem Kaderarzt der Anästhesie besetzt wurde. Er übernimmt seine Funktion definitiv ab dem 1. 1. 2007. Im Jahre 2006 wurden rund Fr. 10'000.- investiert.
Nr. 3.09.09	Aufbau von Managementsystemen Einführung einer umfassenden Kostenträgerrechnung und Aufbau eines internen Case-Managements zwecks Kostenkalkulation und Kostenmanagement im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen.		Projekt REKOLE, vgl. oben 3.09 und nachstehend 3.10.04: Vorbereitung des Betriebes einer Kostenträgerrechnung in Kombination mit der bereits im 2004 eingeführten zentralen medizinischen Codierung. Damit besteht die Basis für die Berechnung von Fallpreispauschalen als absehbare neue Finanzierungsform.
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal Strategische Zielsetzungen Klinikreorganisation im Bereich Geburtshilfe an der Frauenklinik; Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE); Umsetzung der IT-Strategie in den Baselbieter Spitälern.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.10.02	Einzelne Massnahme Klinikreorganisation Frauenklinik Mit einer Öffnung der Frauenklinik im Bereich Geburtshilfe (Prüfung des Einbezuges von Belegärzten) sollen bei gleich bleibendem Personalbestand die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und damit die Wirtschaftlichkeit der Klinik gesteigert werden.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.3 Mio. Ergebnisverbesserung	Die Frauenklinik wurde reorganisiert und die angestrebte Ertragssteigerung konnte erreicht werden. Zudem sind die Grundlagen für einen Einbezug von Belegärzten im Bereich der Geburtshilfe erarbeitet worden; ein entsprechender Vertrag ist von der VSD genehmigt worden. Das Angebot wird anfangs 2007 per Inserat bekannt gemacht.
Nr. 3.10.04	Ausbau der Kostenrechnung (Projekt REKOLE) Weiterer Ausbau der Kostenrechnung und Anpassung der Strukturen zur Einführung von REKOLE (gesamtschweizerisch Revidierte Kostenrechnung und Leistungserfassung der Spitäler). Dieser Programmpunkt gilt für alle Spitäler.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.2 Mio.	Auf der Basis eines umfassenden Konzeptes erfolgten die notwendigen Anpassungen in der Leistungserfassung. Gleichzeitig wurden die Kontenpläne angepasst und die Kostenträgerrechnung per 2007 eingeführt. Die Projektziele konnten schrittweise erfüllt werden (Projektabschluss im Jahr 2007).

Nr. 3.10.05	Umsetzung der IT-Strategie in den Baselbieter Spitälern Einerseits werden die Strukturen für die strategische und die planerische Führung der Informatik in den Baselbieter Spitälern angepasst. Zum anderen soll ein Synergiepotenzial durch eine verbesserte Koordination der IT-Projekte und eine engere Zusammenarbeit der Spitäler erschlossen werden. Realisiert wird auch der Anschluss aller Spitäler und Annexbetriebe an das Kantonsnetz. Dieser Programmpunkt gilt für alle Spitäler.		Die Strukturen sind angepasst, d. h. es ist ein IT-Koordinator eingesetzt worden, welcher die Zusammenarbeit koordiniert und die Verbindung zur FGI (Fachgruppe Informatik BL) sicherstellt. Zudem ist auf der Basis des Kantonsnetzes ein Spitalnetz BL realisiert worden. Bei den weiteren gemeinsamen Projekten ist nebst dem vereinheitlichten Laborinformationssystem für die Kantonsspitäler Bruderholz, Liestal und Laufen auch der verschlüsselte Datenverkehr mit den Hausärzten erwähnenswert, der ab 2007 auf einer gemeinsamen Plattform in Betrieb ist.
Nr. 3.11	Programmpunkt Kantonales Institut für Pathologie (KIP) Strategische Zielsetzungen Modernisierung und Anpassung der baulichen Gegebenheiten im Bereich des Kantonalen Institutes für Pathologie. Erfüllung der sicherheits- und arbeitshygienischen Vorschriften.		↓ Amtsbericht 2006
Nr. 3.11.01	Einzelne Massnahme Umbau und Modernisierung Baukreditvorlage an den Landrat Nr. 2003 / 170. Mit dieser im Januar 2004 bewilligten Vorlage werden durch einen An- und Umbau des bestehenden Personalhauses des Kantonsspitals Liestal zeitgemässe und gesetzeskonforme Labor- und Büroräumlichkeiten zur Unterbringung des KIP hergerichtet. Ausführungsplanung 2004, Bezug Mitte 2006. Landratsvorlage 2003 / 170; Verpflichtungskredit LRB 15.1. 2004 Total: Fr. 11'200'000.- (Konto 2320.503.30-224) Per Ende 2004 verbraucht: Fr. 907'000.- Budget 2005: Fr. 8'000'000.- Budget 2006: Fr. 2'300'000.-	Finanzielle Auswirkungen 2006: 2.3 Mio.	Der Projektablauf erfolgte im Rahmen der Vorgaben sehr zufrieden stellend. Im Frühjahr 2006 konnten die neuen Räumlichkeiten fristgerecht dem Betrieb übergeben werden. Gemäss Reporting der BUD kann zudem ein Projektabschluss im Rahmen der bewilligten Mittel realisiert werden. Wegen noch ausstehender Abschlussarbeiten / Garantearbeiten liegt die definitive Bauabrechnung erst im Verlaufe des Jahres 2007 vor. Bezüglich Stand des Verpflichtungskredits wird auf die Amtsberichterstattung der BUD verwiesen.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Optimierte Wäscheversorgung für die Baselbieter Spitäler.		↓ Amtsbericht 2006

Nr. 3.12.01	Einzelne Massnahme Massnahmen zur Effizienzsteigerung Mit einem einheitlichen Wäscheversorgungskonzept, einem koordinierten Einkauf und einer optimierten Bewirtschaftung und Verteilung durch die ZWL sollen schrittweise Kosteneinsparungen für die einzelnen Betriebe realisiert werden. Zielsetzung für 2006: Erfüllung der Vorgabe aus der GAP.	Finanzielle Auswirkungen 2006: 0.1 Mio. Ergebnisverbesserung	Die Massnahme wird schrittweise realisiert. Im Rahmen des Projektfortschrittes erfolgte im Jahr 2006 eine Preisreduktion für die Spitäler. Die anvisierte Kosteneinsparung für die einzelnen Betriebe konnte somit nachhaltig erfüllt werden.
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen Strategische Zielsetzungen Erneuerung und Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Nachfrage und an die veränderten Rahmenbedingungen mit Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie. Einführung der für den Globalkredit notwendigen Instrumente bezüglich Leistungen, Controlling und Reporting.		↓ Amtsbericht 2006 2006 wurden in Verbindung mit dem Hochbauamt wesentliche Verbesserungen der Infrastruktur realisiert. Insbesondere wurde die bisherige Überwachungsstation zu einer vollwertigen IMC (Intermediate Care)-Station mit angegliedertem Aufwachraum ausgebaut. Die Controlling-Instrumente wurden aufgebaut und werden ab 2007 eingesetzt. Zudem erfolgten in der Informatik weitere wichtige Schritte zur Erhöhung der Integration und zur optimalen Nutzung der Ressourcen.
Nr. 3.13.01	Einzelne Massnahme Sicherstellung der Grundversorgung Planung und Vorbereitung von Sanierungsmassnahmen in den Bereichen Operationssaal, Radiologie und Physiotherapie in Zusammenarbeit mit der Bau- und Umweltschutzdirektion im Hinblick auf eine Kreditvorlage an den Landrat.		Neben den vorstehend erwähnten zahlreichen kleineren Projekten wurde die Erneuerung der Radiologie eingeleitet. Sie ist zurzeit in der Bearbeitung und der Umsetzung. Die Erneuerung der Operationssäle und weitere grössere bauliche Vorhaben sind zusammen mit dem Hochbauamt in der Vorbereitung.
Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Aufnahme und Konsolidierung des Klinikbetriebes im umgebauten Haus A der Kantonalen Psychiatrischen Klinik. Umsetzung der Folgeplanung II in den Bereichen Psychiatrische Forensik und Alterspsychiatrischer Dienst.		↓ Amtsbericht 2006 Die Aufnahme und die Konsolidierung des Klinikbetriebes im umgebauten Haus A ist erfolgt und abgeschlossen.

Nr. 3.14.01	Einzelne Massnahme Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Baselland Fachstelle für Psychiatrische Forensik Aufbau der Fachstelle für Psychiatrische Forensik an den Externen Psychiatrischen Diensten in Kooperation mit den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden Basel-Landschaft sowie der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion Basel-Landschaft. Alterspsychiatrischer Dienst Die Landratsvorlage für die Schaffung eines Alterspsychiatrischen Dienstes an den Kantonalen Psychiatrischen Diensten wird beim Landrat eingereicht.		Fachstelle für Psychiatrische Forensik: Das Projekt wurde modifiziert. Die Fachstelle hat ihren Betrieb in reduzierter Form aufgenommen. Ein Klinikbett im Untersuchungsgefängnis Liestal ist vorgesehen. Der Betrieb steht kurz vor der Umsetzung. Alterspsychiatrischer Dienst: Die Planung ist fortgeschritten. Die Erarbeitung der Landratsvorlage ist weitgehend abgeschlossen. Letzte Abklärungen bezüglich Bau- und Raumprogramm stehen noch aus.
Nr. 3.14.03	Kantonale Psychiatrische Klinik: Aufnahme des Klinikbetriebes Umsetzung der an das umgebaute Gebäude angepassten Konzepte in den Bereichen Behandlung, Pflege und Hotellerie sowie der adaptierten Organisationsstrukturen.		Die Massnahme ist erfolgt.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Laboratorium Strategische Zielsetzungen Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Stadt und Aargau intensivieren.		↓ Amtsbericht 2006 Die Regierungen der Kantone BS und BL prüfen eine Zusammenlegung der beiden kantonalen Labors.
Nr. 3.15.03	Einzelne Massnahme Koordination mit den Labors der Kantone BS und AG Es wird ein Vertrag erarbeitet, wonach die Analytik in einem gemeinsamen Jahresplan koordiniert wird. Weiter sollen Schwerpunkte und Kompetenzen abgesprochen und gegenseitig zur Verfügung gestellt werden.		Der Vertrag wurde durch die Dienststellenleiter in den Kantonen AG / BS / BL unterschrieben und durch den Vorsteher der VSD genehmigt.